

liegen. Realität kann er auch Mitglied sein. Nur Politik darf er nicht in die Genossenschaft hineintragen.
Abg. v. Dieblich (kon.): In Preußen und Posen soll der Genossenschaftsverband auf Entschädigung des Kleinrenten Besitzes herangezogen werden. Als für die dieser Versuch wenig Erfolg haben. Ohne Berechtigung staatlicher Mittel zu billigen, hinsichtlich der Entschädigung des bescheidenen Besitzes nicht möglich.
Ein Regierungskommissar: In der Entschädigung ist allerdings ein Stillstand eingetreten. Wir sind bemüht, Abhilfe zu schaffen.

Abg. Ostling (fortf.): Um allgemeinen sollen Staatsmittel zur Entschädigung des ländlichen Grundbesitzes nicht flüssig gemacht werden, da sonst andere Stände mit entsprechenden Forderungen kommen. Einzelne neue Anordnungen zwischen Preußen und Preussensprovinzen sollte ich uns vorzulegen.
Präsident der Preussensprovinz: Die Selbständigkeit der Genossenschaften sind auch wir bereit zu fördern. Das Wesen einer kleinen Genossenschaftsverband erkennen wir schon aus der Art, wie sie Effektenbesitz macht.
Abg. Dr. Reibers (in): Wir freuen uns, daß die Landräte die Genossenschaftsverbände fördern. Aber politische Gedanken müssen beiseite bleiben.

Abg. Dietrich-Timplin (kon.): In unserem Genossenschaftswesen liegt ein großer Zug. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß sich die verschiedenen Genossenschaftssysteme zusammenschließen. Nehrgeld haben alle zahlen müssen, selbst der Staat. Wegen die Sorgen, ihre Kritik noch zurückstellen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.
Der Etat wird beiläufig. Bei den Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses bittet
Abg. Weiner (Soz.) um eine Dienstordnung für die Diener des Hauses, eine Neuordnung der Stenographenverhältnisse und Ausdehnung der Abgeordnetenfreizeiten auf die ganze Monarchie und die gesamte Legislaturperiode.
Ohne erhebliche Erörterung werden noch der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung — hier sagt Abg. Kopff (fortf.) über das niedrige künstlerische Niveau des Kgl. Opernhauses — sowie das Etatsgesetz angenommen.

Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet.
Gegen die Abhaltung der dritten Lesung kann am Mittwoch Abg. Hildebrand (fortf.) Widerspruch erheben und findet dabei die Unterstützung fast der gesamten Rufen.
Mittwoch 12 Uhr: Kleiner Vorlesung
Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr.
Am Bundesratstag: Dr. Dehnbild.
Präsident Graf Schwerin: So wie am 21. März des Jahres 1871 der damalige Alterspräsident von Frankfurt die erste, so habe ich heute genau nach 40 Jahren die 3425. Sitzung des Deutschen Reichstages eröffnet, was die Herren interessieren dürfte. (Das Haus hat sich zu Beginn der Sitzung des Präsidenten erhoben und bracht nun in ein lebhaftes Gelächter aus.)
Auf der Tagesordnung steht die Verlängerung des Gesetzes über den

Witwen- und Waisenfonds,
das seinerzeit im Anschluß an die Zollgesetzgebung beschlossen wurde und dessen Stellung mit Rücksicht auf die Reichsversicherungsordnung um Jahr verlängert werden soll.

Abg. Dr. Mugan (fortf.): Wir lehnen diese Vorlage ab; wer dafür stimmt, dem ist es nicht ernst, den Witwen und Waisen zu helfen. Die Reichsversicherungsordnung ist noch ganz unklar, darauf kann man die Hinterbliebenen nicht verlassen. Wir beantragen, die Witwen- und Waisenversicherung schon am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten zu lassen.
Abg. Gausemann (nt.): Wir sind für die Vorlage. Was hätten die Hinterbliebenen für einen Vorteil, wenn wir sie ablehnen? Wir werden alles tun, um die Reichsversicherungsordnung unter Dach und Fach zu bringen.

Abg. Trimborn (St.): Wenn wir für ein Gesetz stimmen, so tun wir es doch, um das Doppelte, so sicher zu erreichen. Wenn die Linke den Hinterbliebenen wirklich helfen will, so soll sie die Reichsversicherungsordnung annehmen.

Abg. Graf Weizsäcker (kon.): Wir sind für das Gesetz. Was soll es den Hinterbliebenen helfen, wenn es fällt? Es ist ganz unmöglich, aus der Reichsversicherungsordnung die Bestimmungen über die Hinterbliebenen herauszufinden und nach dem Gesetz zu machen. Will die Linke wirklich etwas Positives tun, so soll sie für Annahme der Reichsversicherungsordnung sorgen.

Abg. Wollenbaur (Soz.) geht auf die Reichsversicherungsordnung selbst ein und wird zur Sache gerufen. Er erklärt die ablehnende Stellung seiner Freunde. Es muß endlich einmal ein Anfang mit der Reichsversicherungsordnung gemacht werden.

Abg. Schulz (St.): Ist der gute Wille aller Parteien vorhanden, dann kommt die Reichsversicherungsordnung zustande; es liegt nur an uns. (Zuruf der Soz.: En bloc Annahme!)
Den eingehenden Kommissionsberathungen sind schon alle Wünsche zum Ausdruck gekommen. Der Gehalt der Hinterbliebenenversicherung kommt von unserem Parteivorstand freier von einem.

Abg. Trimborn (St.): Der Wollenbaur hat dieselbe Rede gehalten wie vor einem Jahr.
Abg. Wollenbaur (Soz.): Es ist ja auch dieselbe Vorlage.
Präsident der Reichsversammlung: Ich erlaube mir auf Anfrage, daß der Gehalt auf 50 Millionen Mark angenommen ist.

Abg. Behrens (v. Soz.): Wir stimmen für die Vorlage.
Abg. Dr. Mugan (Soz.): Es ist unklar, in der Bevölkerung den Glauben zu erwecken, daß die Reichsversicherungsordnung glatt durchgeht. Die Realität ist noch nicht sicher, und daher das der Hinterbliebenenversicherung noch unsicherer.

Abg. Reiter-Amsberg (St.): Es ist unverständlich, wie ein Mitglied der Reichsversicherungscommission und ein Mann, der von sozialpolitischen Dingen doch immerhin etwas kennt (Merkel links), verlangen kann, die Hinterbliebenenversicherung gegebenfalls nur der Reichsversicherungsordnung in Kraft zu setzen. Das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Mugan (fortf.): Das geht sehr gut. Wenn Sie hier nicht bis in den späten Abend sitzen, sondern mir bis morgen Zeit lassen würden, würde ich mit Leichtigkeit die Frage lösen können.

Staatssekretär Dr. Dehnbild: Der Antrag Mugan ist unannehmbar. Dr. Mugan tritt sich, wenn er glaubt, daß die Hinterbliebenenversicherung der Reichsversicherungsordnung in Kraft gesetzt werden kann. (Sehr, höchst im Zentrum.) Wenn die Reichsversicherung nicht zustande kommt, so trifft die Schuld hauptsächlich nicht die verbündeten Regierungen.

Abg. Dr. Mugan (fortf.): Sollen ich eine Regierung so ungeschickt vorgehen, wie gerade die verbündeten Regierungen bei der Reichsversicherungsordnung. Wenn die Reichsversicherung so zustande kommt, so hat die Regierung die Schuld. Sie sollte die Führer im Parlament sein.

Staatssekretär Dr. Dehnbild: Natürlich, wenn man sich geradezu auf den Wachen freut, vor einem Krieg von Scheitern zu leben? (Große Unruhe links.) Ich muß unter allen Umständen dagegen protestieren, doch an den Schwierigkeiten, die augenblicklich zu überwinden sind, die Regierung allein oder auch nur in erster Linie die Schuld trägt. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn Dr. Mugan der Regierung den Vorwurf gemacht hat, daß sie sich nicht vorher über diesen mehr als 1700 Paragrafen umfassenden Gesetzentwurf mit den Parteien verständigt hat, so möchte ich ihn wirklich bitten, mir zu sagen, wie wir das hätten anfangen sollen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum. Große Unruhe links.) Das ist einfach unmöglich für einen

Reichstag, der Parteien mit so verschiedenen Meinungen aufweist. Die verbündeten Regierungen tun ihre Pflicht, wenn sie nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und auf Grund der von ihnen zu vertretenden politischen Grundgedanke und deren praktische Durchführbarkeit dem Reichstage ihre Vorlagen machen. Dr. Mugan hat weiter behauptet, die Reichsversicherungsordnung hätte in der Kommission die Zustimmung bekommen, die von der ursprünglichen Fassung so weit entfernt sei, daß die verbündeten Regierungen kaum noch in der Lage wären, ihr Kind wiederzuerkennen. Das möchte ich doch bestritten. Die großen Richtlinien der Vorlage sind beibehalten worden. Wenn in einzelnen Punkten zu unserer tiefen Bekümmernis wir uns zu Kompromissen verstehen mußten, so liegt das zum größten Teil daran, daß an diesem Kompromiß viele Parteien dieses Komites beteiligt sind, weil es heutzutage unmöglich ist, eine solche große Vorlage in Gemeinschaft mit großen Parteien sonst durchzuführen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach weiterer kurzer Aussprache wird die Verlängerung in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Fortschrittler, Sozialdemokraten und Liberale beschlossen.
Darauf wird die Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern beim letzten Kapitel über die

Verwendung der Staatsgelder fortgesetzt. Die Kommission hat eine Spezialisierung der Verwendung der im Betrag von 400 000 Mark geschätzten Staatsgelder beschlossen. Die fortschrittliche Volkspartei beantragt, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, diese Propagandabehilfen erhalten sollen. Eine Resolution dieser Partei wünscht die Festsetzung des Absatzes. — Den Bericht der Kommissionsberatung erlautet

Abg. Dr. v. Moltke (kon.): Die Kommission war nicht der Meinung, daß dem Bund der Randworte eine Zustimmung eingedrückt worden sei. Der Bund hat damit doch gar nichts zu tun, sondern nur seine Verkaufsstelle. In Zukunft wird die Verwendung der Gelder anreichend kontrolliert werden.

Abg. Speck (St.): Die Propaganda ist von großem Wert für unsere Landwirte. Es hat das größte Interesse daran, daß die Propaganda in der bisherigen Weise weiter verfolgt wird. Dazu gehören auch praktische Vorlesungen, Vorträge usw. zur Aufklärung weiterer Kreise über die Kolonisation. Wer es mit der Landwirtschaft nicht meint, kann dem sozialdemokratischen Antrag, die ganze Abgabe der Reichsstaatsgelder zu überweisen, nicht zustimmen. Bei der Verteilung müssen alle landwirtschaftlichen Organisationen berücksichtigt werden. Sie müssen nur beweisen, daß sie auch Propaganda treiben. Diese Verwendung ist gesetzlich festgelegt. Ein finanzielles Interesse des einzelnen Bauern liegt also nicht vor. Mit den Rabatten können die Organisationen machen, was sie wollen. Doch durch die Einstellung der Rabatte die kleineren Organisationen gezwungen werden, sich größeren Verbänden anzuschließen, ist kein unzulässiger Zustand. Daher stimmen wir der Resolution der Fortschrittler zu. Die neue Einrichtung der Probennehmer begünstigt wir. Der fortschrittliche Antrag bringt ein neues Moment in die Sache. Wer kann über den politischen Charakter entscheiden? Ich halte den Bund der Landwirte für eine wirtschaftliche Vereinigung. Wie steht es mit dem Sozialismus? Der neue Vorschlag von Innenminister beweist, daß der Sozialismus eine politische Vereinigung ist. Den Kommissionsbeschlüssen stimmen wir zu.

Unterstaatssekretär Richter: Bei der vollkommenen neuen Materie war eine Spezialisierung für die Regierung sehr schwierig. Wir müssen bei jedem Punkte prüfen, ob nicht die Sozialindustrie geschädigt werde. Zwischen Propagandageldern und Rabatten besteht kein Unterschied, sonst nur die großen Verbände die Propagandagelder bekommen, aber sonst das nicht der Fall ist, ist ein Unterschied. Dem Bundesrat wird in nächster Zeit eine Vorlage zugehen, die die Staffellung der Rabatte so gestalten soll, daß keine Verbände ihre Unabhängigkeit verlieren. Die Regierung stimmt den Kommissionsbeschlüssen zu. Die politische Seite der Frage sollte man nicht hineingeben.

Abg. v. Soz. (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei, die gesamte Staatsgelder der Reichsstaatsgelder zu überweisen. Sollte man damals bei der Beratung des Saligebaus unsere Anträge angenommen, hätte die Sozialindustrie bedeutend besser da. Was die eingehenden Gelder, der Saligebau anlangt, so ist die Regierung erst durch die Kommissionsberathung dazu gezwungen worden, Nachschuß über die Verteilung zu legen. Am letzten Teil ist dies nicht geschehen, auch eine Auskunft darüber nicht erfolgt. Die jetzt beantragte Verteilung entspricht nicht dem Saligebau. Der Bund der Landwirte ist ein politischer Verein, denn er hat doch Vertreter im Reichstage, sonst nur die großen Saligebauverbände, die Sozialgelder, ein Ende bereitet wird. Wir stimmen für die fortschrittlichen Anträge.
Mittwoch 11 Uhr: Fortsetzung.
Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn und Frankreich.

Präsident Fallières hat am Dienstag nachmittag mit dem üblichen Zeremoniell den neuen österreichisch-ungarischen Botschafter in Paris Graf Seelen v. Tereuzi empfangen, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Hierbei erklärte er, daß er die besten Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn aufrechtzuerhalten und noch fester zu gestalten. Ein mächtiges gemeinsames Interesse verbinde die beiden Nationen und das gleiche Interesse, das sie der Zivilisation und der Wohlfahrt des Friedens, der für die Entwidlung und das Glück der Menschheit notwendig sei, zu sichern und zu bewahren. Präsident Fallières erwiderte, diese Erklärungen entsprächen vollkommen den festen Wünschen der französischen Regierung. Oesterreich-Ungarn und Frankreich seien in gleicher Weise bemüht, die edelsten Bestrebungen der Menschheit zu fördern, und würden niemals aufhören, zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen.

Die Wagadababahnverträge unterzeichnet.

Zur Konstantinopel erklären wir: Die Verträge betreffend den Weiterbau der Wagadabahn nach Bagdad sowie die Zweiglinie von Semanie nach Alexandrette und den Hafen von Alexandrette sind soeben vom Großvezir und dem Vertreter der Wagadabahn-Gesellschaft unterzeichnet worden. Auf die Strecke Bagdad-Persien ist der Golf erstritten sich diese neuen Verträge nicht.
Der russische Gesandte in Peking lebt.
Die Nachricht von der englischen Ernennung des russischen Gesandten in Peking wird wie aus Harbin gemeldet wird, in einem Telegramm von dem russischen Gesandten selbst als falsch bezeichnet. — Bei Abdattionschluß wird und noch gedruckt: Peking, 21. März. Der russische Gesandte Korotow wurde dem Waiwupu zu einem Galadiner eingeladen, das heute stattfinden wird.

Der neue russische Ministerpräsident.

Einer Meldung der Petersburger „Birchwaia“ wiederum zufolge wird der bisherige Finanzminister Korotow Ministerpräsident und Minister des Innern und sein bisheriger Stellvertreter Korotow Finanzminister werden.

Ungarn und die Einbringung der Wahlen. Am ungarischen Abgeordnetentag wurde Abgeordneter Paul Csengeri entsprechend dem Antrag in der französischen Kammer Resolution ein, in welcher die Regierung aufgefordert wird, durch das Ministerium des Innern darauf hinzuwirken, daß auf dem 1913 stattfindenden Kongreß in Haag die Monarchie für gleichzeitige Bekräftigung der Wahlen eintrete. Die Resolution ist von 30 Abgeordneten ohne Unterschied der Parteistellung unterzeichnet.

Die Ministerkrise in Italien. Der König von Italien hatte am Dienstag nachmittag Besprechungen mit den deputierten Solferino, Minichiaro, Giardi und Marchese Campelli.

Neue französische Kriegsermächtigung. In der französischen Deputiertenkammer erklärte am Dienstag bei der fortgesetzten Beratung des Gesetzes über die Verichterichter der Budgetkommission, die Kommission habe einen Antrag auf Schaffung einer an einem schwarzgrünen Bande zu tragenden Kriegsermächtigung zum Ausdruck bringen. Kriegsminister Berthelet bemerkte, er werde demnach eine Vorlage betreffend Schaffung dieser Ermächtigungen einbringen.

Frankreich und Marocco. Die französische Deputiertenkammer hat für die militärischen Operationen in Marocco für das Finanzjahr 1913 angeforderten Ergänzungskredit im Betrage von 1 628 782 Francs angenommen.

Die französisch-marokkanische Anteihe. Correspondenzen de Espana will wissen, zwischen der spanischen und der französischen Regierung seien infolge des Abfalles des jüngsten Abkommens über die französisch-marokkanische Anteihe Schwierigkeiten entstanden. Mehrere spanische Senatoren beschwerten, in dieser Angelegenheit Anfragen an die Regierung zu richten.

Die Lage in Portugal. Von Lissabon aus wird immer und immer wieder berichtet, die Lage im Lande, die offenbar ein recht kritisches ist, als harmlos hinzustellen. Auch folgende Meldung aus Lissabon, 21. März, macht diesen Versuch:

Die Absicht, den Austausch zu verweigern, ist gescheitert. Die Stadt bietet das gewöhnliche Bild. Bei der Bootsverlader streifen. Unter den in Lamezo Barchelien befindet sich der Kommandant von Vieira Castro. (17)

Türkei. Wie die Konstantinopelblätter melden, erließen die Söhne des Großherzogs von Westa einen Aufruf an die Stämme von Asyr, in dem sie die bevorstehende Unterstützung des Großherzogs anzeigen und zur Unterwerfung auffordern. Infolgedessen beginnen einige Stämme sich zu unterwerfen.

Vereinigte Staaten von Amerika. Die Interkontinentale Commerce Commission kündigte an, daß alle zwischenstaatlichen Telegraphen- und Telephonegesellschaften ihrer Kontrolle unterliegen.

Werte. Finanzminister Limantour bezeichnet die Meldung, daß er die Friedensvorschläge Maderos überbringe, als unrichtig.

Die Luftschiffahrt.

Zum Anblick des Ballons „Duffeldorf“. Nach Anslagen des „Wissenschaftler“ Schröder wurde der am 20. März verunglückte Ballon „Duffeldorf“, als Schiffe aus dem Nord geführt war, landwärts getrieben. Der Führer Kasper hatte die Situation richtig erkannt und rief den Ballon an. Dann aber trieb ihn ein kräftiger Abendwind wieder in den Kanal, wo Kasper infolge der Entropfung liegen blieb und ertrank. — Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Amsterdam ist der verunglückte Ballon mit den Instrumenten geborgen worden.

Zur Nah und Fern.

Zur Hamburger Spionageaffäre. Die Hamburger Polizei behauptet erklärt: Zur Hamburger Spionageaffäre bringen namentlich ausländische Blätter fortgesetzt Nachrichten, deren Berichtigtheit sich schon aus dem Umstand ergibt, daß die mit der Aufklärung befaßten Behörden im Interesse weiterer Ermittlungen strenge Verschwiegenheit beobachten müssen und beobachten. Zu diesen Phantasiegebilden gehören auch: die Behauptung, daß ein deutscher Engländer mutmaßlich ein Spionier sei, die Angaben über den Inhalt der beschlagnahmten Schriftstücke und Zeichnungen sowie die Notiz, daß ein Berliner Polizeikommissar in der Angelegenheit in Hamburg gewesen sei. Es empfiehlt sich, allen weiteren Kombinationen Glauben zu verweigern, bis die Behörden selbst Authentisches mitgeteilt hat. Der Lage sind. Zurzeit befinden sich die Akten beim Reichsgericht, das nunmehr den Untersuchungsrichter zu bestellen hat.

Schlechtes Gelingen — Betrug. Das Münchener Landgericht hat am Dienstag nach fünfjähriger Verhandlung den Richter des Kaiserbräuereis Ertrag wegen Betruges, begangen durch schlechtes Einfenken, zu sechs Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens wurden die Schenkelner Kasper zu drei Wochen, Kappel zu zwei Wochen, Geiger und Janes zu je einer Woche Gefängnis verurteilt.

Der Ausbruch der Seuche in Triest. Drei Hochdampfer, die nach Dalmatien, Fiume und Konstantinopel bestimmt waren, ebenjo zwei Dampfer anderer Gesellschaften konnten im letzten Augenblick die Fahrt nicht antreten, da die niere Mannschiffe die Schiffe verließ. Der Ausbruch der Seuche in Triest nimmt an, es treffen bereits 2500 Mann. Auch die Schiffsfahrer und Besatzung haben sich dem Ausbruche angeschlossen. Zur Verlegung des Dalmatiner Postdienstes sind 14 Torpedoboote in Triest eingesetzt. Die Ausständigen behalten sich ruhig.

Die Dyer der Pest. Wie aus Wluden gemeldet wird, werden für die dort am 11. April stattfindende Antipest-Festspiele die Vorbereitungen getroffen. Den Zelgertern werden das nennigste Gebäude der Industrieausstellung und ein für benodigtes Hospital zur Verfügung gestellt. Die Konferenz wird in fünf Abteilungen, für Epidemiologie, Bacteriologie, Therapie, Statistik und allgemeine Maßregeln, arbeiten.

Chinesische Krankeinfuhrer begehren die Gesandtschaft der Tschechische an Pest in Wluden auf 1000, in Suowang-Hingang auf 10 000, in der ganzen Provinz auf 20 000 auf 40 000. Am 20. cr. ist in Garbin kein Todesfall an Pest vorgekommen, am 21. ds. ist dort ein Chinese an Pest gestorben. Die Ärzte beschließen in einer Konferenz, die Abfuhrung des Sanitätsdienstes von Garbin vorzulassen.
Gedeben in Dierantien. Aus Wluden wird ein Gedeben gemeldet, das mit einem zu gleicher Zeit in Wluden registrierten identisch zu sein scheint. Am Montag nachmittag 4 1/2 Uhr wurde ein neuer Gedeben in Forli gespürt. Er

